Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Naben & Comp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6.00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Einzelnummer 30 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 50 Pf.

Nr. 203 | Dresden, Donnerstag den 2. September 1920 | 31. Jahrg.

Polen am Halys

Die Sage erzählt vom König Krösus, daß er mit seinem Heere am Grenzfluß Halys stand, bereit, in das Reich des Feindes einzufallen. Ehe er aber den Befehl zum Ueberschreiten gab, schickte er nach Delphi zum pythischen Orakel, um die Meinung des Gottes zu erfahren, und die Boten kehrten wieder mit der berühmten Antwort: **Wenn Krösus den Halys überschreitet, wird er ein großes Reich zerstören!** Da ging der König über den Fluß, und es geschah, genau so, wie das Orakel es vorausgesagt hatte: **Krösus zerstörte ein großes Reich** — nämlich sein eignes. —

In raschem Siegeslaufe sind die Polen vom Tage ihrer „Marneschlacht" an vorgerückt bis an die Grenzen ihres Landes, das heißt bis dahin, wo unzweifelhaft nichtpolnisches Gebiet beginnt. Warnend kamen von allen Seiten die Zurufe: Nicht weiter! Selbst die französische Regierung, an deren freundschaftlicher Gesinnung doch gewiß kein Mensch in Warschau zweifeln kann, ist mit im Chor der Mahner. Aber es scheint, als habe der jähe Glücksumschlag manches Gehirn in Polen alles Gefühls für Maßhalten völlig beraubt und die Lehren, die jeder Denkende aus den bösen Folgen des polnischen Einfalls nach Rußland hinein ziehen mußte, ausgewischt. Wie die **Gazetta Warszawski** berichtet, erklärte Staatspräsident **Pilsudski** auf die Frage nach den strategischen Zielen des polnischen Vormarsches, daß die **Curzon-Linie** für Polen **strategisch wertlos** sei, da sie im Ernstfalle von der kleinen polnischen Armee nicht gehalten werden könne.

Die polnischen Imperialisten, vor allem die siegberauschten Militärs, haben also nichts gelernt, und wenn sie in ihrem Lande gegenwärtig die gleiche politische Rolle spielen wie während des Krieges die Ludendorff und Hoffmann bei uns, so dürfen wir mit einem Frieden im Osten sobald nicht rechnen. Das offene Eingeständnis des polnischen Staatspräsidenten, daß nicht Verteidigung des eigenen Landes, sondern Gebietsgewinn der Zweck des Krieges sei, ist natürlich bei einem Teil der hohen Verbündeten nicht eben freundlich aufgenommen worden. Vor allem England, dessen arbeitendes Volk einen Eroberungsfeldzug nach Rußland klipp und klar abgelehnt hat, ist verstimmt. Die Aeußerungen des Marschalls Pilsudski in Warschau haben dem Nieuwe Rotterdamsche Courant zufolge in London einen unangenehmen Eindruck gemacht. In amtlichen Kreisen liegen außer dem Bericht über Pilsudskis Aeußerungen noch andre Anzeichen vor, die darauf hindeuten, daß die **polnischen Militaristen** geneigt sind, den nachdrücklichen **Rat der Alliierten**, daß die in Versailles festgesetzte **Grenze nicht überschritten werden soll, unbeachtet** zu lassen.

Aber noch hat Polen den Krieg nicht gewonnen, und während es in **Grodno** Fuß faßt, bestürmen die Russen **Przemysl**, droht **Lembergs** Fall. Wie schlimm es in Galizien aussieht, läßt sich am besten daraus schließen, daß **Weygand**, der französische Retter Warschaus, schleunigst aus Paris wieder nach dem Osten zurückgerufen worden ist.

Um so seltsamer berührt es, daß trotz der übeln Lage in Galizien schon wieder Stimmen laut werden, die über die Wiedergewinnung dieses Landes hinaus von einem neuen Einmarsch in die Ukraine sprechen. Ein „Befreiungsfeldzug" soll es sein. Dies Wort nimmt sich seltsam aus im Munde einer Regierung, die zuläßt, daß man in den polnischen Westprovinzen die Deutschen auf die scheußlichste Weise mißhandelt. In politischen Kreisen Lembergs, so wird von dort gemeldet, rechnet man damit, daß die polnische Oberste Heeresleitung, ohne einer späteren politischen Lösung vorgreifen zu wollen, unter Bezugnahme auf das polnisch-ukrainische militärische Bündnis es für ihre Pflicht halten wird, sofern die Waffenstillstandsbedingungen nicht allen Operationen überhaupt ein Ende machen, der von der Räteregierung geknechteten ukrainischen Bevölkerung ihr **Selbstbestimmungsrecht** durch Vertreibung der bolschewistischen Truppen wiederzugeben. In eingeweihten Kreisen glaubt man zu wissen, daß die Oberste Heeresleitung gleichzeitig mit der Vertreibung der Bolschewisten aus Ostgalizien bereits die nötigen Vorkehrungen für einen Einmarsch in die Ukraine trifft. Zu einem solchen Vorgehen glaubt die Oberste Heeresleitung um so mehr berechtigt zu sein, als die Minsker Verhandlungen gelehrt haben, daß auch die Vertreter eines kommunistischen Rußland nur die militärische Situation zur Grundlage ihrer militärischen Zugeständnisse zu machen bereit sind.

Auch im Norden scheint die Maßlosigkeit Polen zum Verhängnis zu werden. Aus **Kowno** erfahren wir:

Kowno, 2. September. Der polnisch-litauische Konflikt hat sich verschärft. Bei einem weitern Vormarsch der Polen ist der Krieg nicht zu vermeiden. Litauische Krieger haben bereits Augustowo mit Bomben belegt. Engländer suchen zu vermitteln, indem sie die Polen zurückhalten.

Polen steht an seinem Halys — scheinbar nicht ahnend, daß das Reich, das es zerstören wird, leicht das eigene sein kann. Mag man immerhin die russischen Offensivankündigungen für bloße Drohungen halten, da es ja in der Tat nicht üblich ist, einen Angriff im voraus in alle Welt hinauszuposaunen; daran ist nicht zu zweifeln: Rußland hat noch Kräfte genug, den ungebärdigen Nachbarn zu zerschmettern, wenn alle seine Parteien sich zu diesem Zwecke vereinen. Das aber geschähe, wenn Polen die Grenze überschreitet. Den Ruf der Regierung, welcher Färbung sie immer sei, zum Schutze des bedrohten Vaterlandes würde der alte Zarengeneral ebenso wie der fanatischste Bolschewist ohne lange Ueberlegung folgen.

Oberschlesien im Reichstagsausschuß

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 2. September. Der Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat gestern, wie wir erfahren, folgende **Entschließung** angenommen:

Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten ersucht die Reichsregierung, angesichts der Forderungen in Oberschlesien um Mitteilung einer Zusammenstellung der in betreff der polnischen Uebergriffe und der Duldung der durch die französischen Stellen authentisch festgestellten Tatsachen, durch die eine begreiflich eErregug der deutschen Bevölkerung in Oberschlesien hervorgerufen wurde. Von allen Ausschußmitgliedern wurde dieser Antrag gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen. Auch ist man übereingekommen, unabhängig von allen übrigen Fragen der auswärtigen Politik die oberschlesische Frage, besonders im Hinblick auf die Gewährung einer Autonomie, zum Gegenstand einer besonderen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses zu machen, die in nächster Zeit stattfinden soll.

Das **Abkommen** zwischen den Vertretern der deutschen Parteien in Oberschlesien und dem Plebiszitkommissar **Korfanty** wurde besonders **getadelt**, weil Korfanty nicht als verhandlungsberechtigt hätte gelten dürfen.

Gegen die Unzuträglichkeiten, die sich aus der **Internierung bolschewistischer Truppen in Ostpreußen** für uns ergeben, wandte sich der Abgeordnete **Scheidemann**. Er zitierte das Wort eines amtlichen Vertreters der Moskauer Regierung gegenüber einem deutschen Reichstagsabgeordneten, das dem Sinne nach lautet: **Zuerst bolschewisieren wir Polen, sodann euch in Deutschland.** Abgeordneter Scheidemann verlangte daher, daß sobald als möglich die internierten Russen **wieder nach Rußland abgeschoben** werden, zudem wir ohnehin noch 150 000 russische Kriegsgefangene im Lande hätten und schon im Hinblick auf die Ernährungsverhältnisse danach trachten müßten, diese so rasch als möglich loszuwerden.

Die Sitzung dauerte von 5 Uhr nachmittags bis 10½ Uhr abends und drehte sich fast ausschließlich um die **oberschlesische Frage**, anknüpfend an die dortigen Ereignisse, an die **Vorgänge in Breslau** und an die **französische Sühnenote**. Allgemein wurde über das Versagen der Behörden in Oberschlesien scharf Beschwerde geführt und auch darüber geklagt, daß deutsche Beamt ede deutschen Interessen nicht genügend wahrgenommen hätten. Die Schuld an dem Ausbruch der Unruhen in Breslau sei, so wurde von mehreren Seiten erklärt, auf Provokationen zurückzuführen, und habe sich gegen die Franzosen und Polen gewendet, weil der Anblick der schlesischen Flüchtlinge und die Schilderung ihrer Leiden geradezu herzzerreißend gewesen sei. Die in Aussicht stehende Abstimmung in Oberschlesien könne nach den nunmehr eingetretenen Verhältnissen nicht in Freiheit vor sich gehen. Die Abstimmung dürfte überhaupt nur erfolgen, wenn von der Entente der deutschen Regierung Garantien dafür gegeben werden, daß der Volkswille der Oberschlesier unbeeinflußt zur Geltung kommen wird.

Gegen Vergütung des Steuerabzugs

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 2. September. Wie wir erfahren, hat der Minister des Innern mit Rücksicht darauf, daß Frankfurt a. M. seinen Arbeitern und Beamten den Steuerabzug vergüten will, ein Rundschreiben an die preußischen Oberpräsidenten gerichtet, in dem er sie ersucht, vor einem gleichartigen Vorgehen dringend zu **warnen**, da die allgemeine Finanzlage eine weitere Belastung nicht vertrüge, außerdem dann diese Vergütung eine Einkommenerhöhung darstelle, die wiederum steuerpflichtig wäre. Wenn die Kommunen nachgäben, so wäre an eine Gesundung der Verhältnisse nicht zu denken.

Der polnische Heeresbericht

Kopenhagen, 2. September. Nach einem Warschauer Privattelegramm der Nationaltidende heißt es in dem **polnischen Heeresberichte**: Am 29. August marschierten unsre Truppen in Augustowo unter dem Jubel der Bevölkerung ein. Im Abschnitt Bialystok weicht der Feind unter unserm Drucke am Narew nach Osten zurück. Sokolka, Grodek und Narew sind genommen. Eine bolschewistische Abteilung, die bei der Station Malanarewka Widerstand versuchte, mußte in wilder Panik flüchten und über 1000 Gefangene zurücklassen. Im Abschnitt Brest-Litowsk herrscht Ruhe.

Bei Zamsa leisten unsere Truppen gegen die Kavallerie Budjenis heftigen Widerstand. Die Stadt Grabowik, die zeitweilig vom Feinde besetzt war, wurde von den Polen durch einen Gegenangriff zurückerobert. Oestlich von Lemberg ist die Lage unverändert. Hartnäckige feindliche Angriffe gegen Boddewyles und Zadworze wurden zurückgewiesen mit schweren Verlusten für den Feind. Die Gegend von Zydaczow und Chodorow ist von den Bolschewisten befreit. Die ukrainische Offensive nimmt eine erfolgreiche Entwicklung.

Die hiesige antibolschewistische Gesandtschaft hat vom General **Wrangel** folgendes Telegramm erhalten, das vom 31. August datiert ist: Auf der Kubanfront ist die ganze Halbinsel **Taman** besetzt worden. Bei Olginsk haben wir eine rote Division geschlagen und 3000 Gefangene gemacht. Die Operationen verlaufen erfolgreich. General **Kutepow** ist nördlich von Tauris zur Offensive übergegangen. Die Aufrührer halten nördlich von Donez die Verbindungswege besetzt in der Gegend von **Jekaterinoslaw** und belagern **Odessa**.

Deutschlands Neutralität

Berlin, 1. September. Der **Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten** beschloß, seine heutigen Verhandlungen insoweit für öffentlich zu erklären, als die Redner nicht ausdrücklich die Vertraulichkeit für ihre Darlegungen beanspruchen würden. Zunächst nahm das Wort der

Reichsminister des Auswärtigen

Er begann mit einer kurzen Zurückweisung der vielfachen Entstellungen, die in den in schweizerischen und italienischen Blättern veröffentlichten beiden Unterredungen enthalten sind. Er wandte sich darauf zu einem Ueberblick über

die deutsche Neutralitätspolitik.

Seitdem er zum ersten Male diese Politik verkündet habe, seien nunmehr Wochen verstrichen, in denen sich erwiesen habe, daß die Neutralitätspolitik für Deutschland die **einzig mögliche** und richtige gewesen sei und bleibe.

Es seien Stimmen an ihn herangetreten, die ihn aufgefordert hätten, **mit den Bolschewisten gegen die Westmächte** vorzugehen und auf diese Weise die Schranken des Versailler Friedens zu brechen. Diese Stimmen habe er mit voller Ueberlegung abgewiesen. Wenn wir damals solchen Aufforderungen gefolgt wären, so wäre Deutschland unmittelbar zum Kriegsschauplatz geworden. Daß wir im Zustand der Entwaffnung die Blüte der Jugend hätten opfern sollen, wäre unter keinen Umständen zu verantworten gewesen. Die Last der Folgen, die die allmählich zu erwartende Umbildung des Bolschewismus mit sich gebracht hätte, wäre mit voller Wucht auf Deutschland gefallen. Er habe diesen Gedanken, gemeinsame Sache mit dem Bolschewismus zu machen, daher entschieden abgelehnt.

Von andrer Seite sei der Vorschlag gemacht worden, **mit den Westmächten gegen den Bolschewismus** sich zu wenden. Auch dies war eine Unmöglichkeit. Unzweifelhaft hätte uns der Versuch, Seite an Seite mit Frankreich und Polen gegen Rußland vorzugehen, in den inneren Krieg gebracht. Wir hätten den Bürgerkrieg gehabt, und zweifelhaft wäre es geblieben, ob wir erreicht hätten, was von einem Zusammengehen mit dem Westen erwartet wurde. Das russische Volk wird, wie auch die Entwicklung geht, jeden, der sich jetzt zu seinen Angreifern gesellt, auf lange hinaus als seinen Feind betrachten. **Es war richtig, uns auch nach dieser Richtung die Hände freizuhalten.**

Aus unsrer Haltung folgt, daß wir auch gegen die Regierung des Generals Wrangel und der Ukraine uns zurückhaltend stellen. Frankreich hat den General Wrangel anerkannt und uns davon Mitteilung gemacht. Wir haben diese Mitteilung zur Kenntnis genommen, ohne dem französischen Beispiel zu folgen. Keine Macht, die mit Sowjetrußland im Kampfe steht, hat auf unsre Unterstützung zu rechnen.

In letzter Zeit sei der Vorwurf erhoben worden, daß wir uns zu weit mit den Bolschewisten eingelassen hätten. Es werde auf die **amerikanische Note** und auf die **Kundgebung Lloyd Georges aus Luzern** hingewiesen. Andrerseits beständen aber gewisse **italienische Schritte der Anknüpfung**. Für unsre Politik sei der Hauptgedanke der, daß die Sowjetrepublik gegenwärtig die Macht in den Händen habe, also de facto die Regierungsgewalt in Rußland darstelle. Die Verhältnisse zwischen

Deutschland und Rußland

seien noch nicht normal. Zunächst befänden wir uns noch in Verhandlungen über die Vornahme einer genügenden Erledigung des Falles **Mirbach**. Die Behauptung, daß wir mit der Sowjetregierung einen Geheimvertrag abgeschlossen hätten, sei durchaus falsch. Wir hätten lediglich den Russen und den Polen mit dem Herannahen des Krieges an die deutsche Grenze Vorschläge wegen der Seuchenbekämpfung und wegen der Regelung der zu erwartenden Grenzschwierigkeiten gemacht. Verhandlungen über den letzteren Punkt seien abgelehnt worden, über den ersten seien sie noch im Gange.

Während uns von der angelsächsischen Presse und von dem früheren französischen Präsidenten Poincaré

Geheimverträge

mit den Russen vorgeworfen werden, wird in Warschau gegen uns der Vorwurf eines Geheimvertrages mit Polen gemacht. Daran ist ebensowenig etwas Wahres. Mit Polen führen wir lediglich offene Verhandlungen, die bisher jedoch zu keinem Ergebnis geführt haben. Der Minister berichtigte in diesem Zusammenhange die Angabe in einer Schweizer Unterredung, wonach er gesagt hätte, wir würden gegen Polen marschieren. Diese Aeußerung habe er keineswegs getan, wohl aber auf eine Frage, was wir gegen eine polnische Neutralitätsverletzung unternehmen würden, geantwortet, daß derjenige, der unsre Neutralität verletze, uns auf der Seite seiner Gegner sehen würde.

Der Minister führte sodann aus, daß sich in den deutsch-polnischen Beziehungen eine große Menge Explosivstoff angehäuft habe. Wenn die von ihm angebotenen Verhandlungen nicht bald zu einem Ergebnis kommen würden, so könnte es wohl geschehen, daß der Kessel der deutschen öffentlichen Meinung überkoche. In Breslau habe sich dies bereits ereignet. Der Minister ging hierauf in längerer vertraulicher Darlegung auf die Breslauer Ereignisse und auf die **französische Note** ein. Im Anschluß an seine vertraulichen Ausführungen stellte der Reichsminister seine in den Unterredungen falsch wiedergegebenen Aeußerungen über

Oberschlesien

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200902/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG